



Biwchjähriger Abonnement-Jahr, in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement, 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erscheinung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 753. Abend-Ausgabe.

Sechsundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dinstag, den 27. October 1885.

## Politische Uebersicht.

Breslau, 27. October.

Die Beschlüsse, welche die Generalsynode bezüglich der Sonntagsfeier fäste, haben in Regierungskreisen unangenehm berührt. Die „Nord. Allg. Blg.“ wendet sich gegen die Haltung der Synode, namentlich gegen die Hauptredner zu Gunsten der Sonntagsruhe, die Herren Stöcker und Stumm. Sie schreibt:

„Während die Regierung in ernster, mühevoller Arbeit die Frage der obligatorischen Sonntagsruhe prüft, spielen Herr Stöcker und Herr Stumm die Rolle des Princeps. Sie ergehen sich in Declamationen, die den Glauben erwecken müssen, als wäre die Frage längst sprachreif, als zöge die Regierung willkürlich die Entscheidung hinaus. Diefer Täuschung müssen wir entgegentreten. Die Frivolität liegt ganz auf der Seite derjenigen, welche, ohne die Frage zu beherren, aus Popularitätschärfi erbi et orbi verhindern, die Möglichkeit der obligatorischen Sonntagsruhe sei ermischt. Seitens des Staates ist zur Durchführung der Sonntagsheiligung bereits viel gethan. Jede öffentliche Handlung ist untersagt, welche den Cultus einer der Confessionen zu stören geeignet wäre, und durch verschiedene geistliche Bestimmungen ist Vorsorge getroffen, daß dem arbeitenden Volke der Segen der sonntäglichen Erholung möglichst zu Gute komme. Eine überwältigende Mehrheit von Arbeitern feiert denn in der That auch schon heut den Sonntag. Darauf aber hinaus zu gehen, einen staatlichen Zwang zur Unterlassung jeglicher Erwerbstätigkeit einzuführen, ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit des Arbeiters. Und bevor nicht der Arbeiter gehört ist, wäre ein solcher Eingriff unzulässig. Das Verhalten der Synode wird, hoffen wir, die Gewissenhaftigkeit mit der Regierung in dieser Frage vorgeht, in ein doppelt helles Licht stellen.“

Nach diesem Artikel ist die Annahme berechtigt, daß die Regierung an der Hand der Ergebnisse der angestellten Erhebungen es ablehnen will, weitere Zwangsbestimmungen bezüglich der Sonntagsfeier zu erlassen. Die „Magd. Blg.“ erfährt, daß die Mehrzahl der eingeforderten Gutachten das Bedürfnis einer strengerer Handhabung der Sonntagsfeier in Abrede stellt, ja daß von vielen berufenen Stellen aus betont worden ist, daß dies Verlangen nach strengerer Sonntagsheiligung von innen heraus erfolgen und dem Ermessen des Einzelnen überlassen bleiben müsse. — Auch verschiedene Regierungen aus Mittel- und Süddeutschland sollen sich sehr entschieden gegen weiteren gesetzlichen Zwang zur Heiligung des Sonntags ausgesprochen haben.

Das Zustandekommen der Conferenz ist, nachdem sämtliche Mächte die Einladung der Pforte angenommen haben, gesichert. Die erwähnte Einladung hat folgenden Wortlaut:

Konstantinopel, 21. October 1885.

Die kaiserliche Regierung hält es angefischt des Ernstes der Lage in Ostrumeliens und der mehr und mehr kriegerisch sich gestaltenden Haltung Griechenlands, insbesondere aber Serbiens, und da sie die von ihr bis jetzt unaufhörlich gemachten Anstrengungen für die Vermeidung von Blutvergießen nicht vergleichbar machen will, für geboten, in voller Ergebenheit gegen die Signatarmärsche des Berliner Vertrags dieselben zu bitten, in thümlichster Nähe ihre Vertreter bei der Hohen Pforte dadurch instruieren zu wollen, sich zu einer Conferenz in Konstantinopel zu versetzen unter Theilnahme der ottomanischen Regierung, um ohne Verzögerung zu der Lösung der in Ostrumeliens aufgetauchten Schwierigkeiten zu gelangen. Diese Lösung wird zur Grundlage wesentlich die

Aufrechterhaltung des Berliner Vertrags in Übereinstimmung mit den souveränen Rechten Sr. Kaiserl. M. des Sultans halten. Die Conferenz wird unter der Bedingung zusammenentreten, sich ausschließlich mit den Angelegenheiten Ostrumeliens zu beschäftigen.

In Pest fährt man fort, die Serben zur Schaffung eines sait accoupli zu reizen. Der „Pest. Bl.“ schließt einen längeren Artikel mit folgenden Worten:

Es steht den Serben die Bahn offen, den durch Bulgarien vollzogenen Thatsachen, die sich in ihren moralischen Folgen nicht mehr weitmachen lassen, andere Thatsachen zur Seite zu stellen, denen Europa bei einer endgültigen Regelung ebenfalls Rechnung tragen müssen. Alles in Allem würden durch den Vormarsch der Serben denn doch nur sozusagen immer Fragen des Balkans berührt und der Friede jener hundert Millionen Europäer, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jüngst anrief, wäre dadurch nicht weiter betroffen, wenn sorgsam darauf geachtet wird, daß der Conflict der kleinen Staaten nicht alte Rivalitätsfragen der Großmächte acut gestalte. An sich betrachtet, ist ja jede Aenderung, welche sei es durch Bulgarien, sei es durch Serben, herbeigeführt werden kann, von geringem Belang, wenn die Großmächte entschlossen sind, das Aufseinen stärkerer Gegenseite zu verhindern und mittler in dem orientalischen Conflict jene freundschaftliche Gesinnung zu behaupten, welche in der Thronrede neuerdings einen bedeutamer und weithin gewürdigten Ausdruck gefunden hat. Je gewisser es ist, daß keine von ihnen einen illegalen Eingriff in die bestehende Rechtsordnung des Orients beabsichtige oder bei anderen dulden würde, desto wahrscheinlicher ist es, daß sie auch nach der Action Serbiens keine Veranlassung haben könnten, für von jener Friedenslinie abdringen zu lassen, die sie sich selbst gezogen. Die absolute Herstellung des status quo ante scheint nun allerdings nahezu eine Sache der Unmöglichkeit zu sein, so weit das in Frage stehende Territorium des Orients in Betracht kommt; aber Alles berechtigt zu der Annahme und drängt zu der Hoffnung, daß der status quo ante zwischen den europäischen Großmächten auf der Basis gegenseitigen Vertrauens und festbegründeten Wohlwollens zu erhalten sei, den wir nach wie vor als die zuverlässigste Gewähr des Friedens zu achten geneigt sind.“

Glücklicherweise hat sich die serbische Regierung nicht auf die abschüssige Bahn verleiten lassen, den Frieden zu brechen; sie zieht es vielmehr vor, die Resultate der Conferenz abzuwarten.

Über die Besitzergreifung der Insel Yap durch die Deutschen sind dem Königl. Museum von dem in Diensten desselben stehenden Reisenden Kubary sehr interessante Mittheilungen zugegangen. Kubary war während der Zeit auf der Insel und ist Zeuge der ganzen Vorgänge gewesen. Daß die Insel bis in allerneuester Zeit beschlossen war, beweist die Thatsache, daß Kubary noch am 31. Juli d. J. nicht die Möglichkeit hatte, einen Brief von dort aus zu expediren. Yap stand eben völlig außerhalb jeder Verbindung mit der civilisierten Welt. Über die Besitzergreifung selbst schreibt er unterlin 30. August, daß am 21. August zunächst ein spanisches Schiff, am nächsten Tag noch ein zweites mit Soldaten, Gefangenen u. s. w. angelassen seien, um eine Niederlassung zu begründen. Statt aber die Insel rasch zu annexieren, habe man 5 Tage damit verloren, einen Platz für die Niederlassung auszuwählen. Am 25. August sei man sich endlich schlüssig gewesen, am folgenden Tage die Besitzergreifung auszuführen. Um 1/2 Uhr kam plötzlich ein Schiff in Sicht, das trotz der späten Zeit und der einbrechenden Dunkelheit um 1/2 Uhr Ankur warf. Um 7 Uhr ertönte plötzlich lauter Trommelschlag und durch Aufschissen der

deutschen Flagge hatte der Commandeur der „Iltis“ die Insel feierlich in deutschen Besitz genommen.

Zur Karolinenfrage ist noch eine interessante Mittheilung nachzutragen. Es heißt, der amerikanische Gesandte in Madrid sei beauftragt worden, eine Note an die spanische Regierung zu richten, des Inhalts: Die Regierung der Vereinigten Staaten wolle der Entscheidung über die Frage, ob die Oberhoheit über die Karolinen-Inseln Spanien oder Deutschland zu stehe, nicht voreilen; sie wünsche aber schon jetzt für den Fall, daß die spanische Oberhoheit über jene Inselgruppe anerkannt werden sollte, von der Madrider Regierung Zusicherung darüber zu erhalten, daß die auf den Karolinen befindlichen amerikanischen protestantischen Missionen beschützt, und daß spanischerseits dort keine die freie Religionsübung beschränkenden Maßregeln getroffen würden.

Das gegen den dänischen Ministerpräsidenten Estrup verübte Attentat wird, wie vorauszusehen war, von der conservativen dänischen Presse gegen die Liberalen ausgebetet. Das Organ der Linken, das „Morgenblad“, äußert sich folgendermaßen über das Attentat:

„Das Erste, was wir über dieses Attentat sagen wollen, ist ein ernstes Bedauern. Sezt man auch ein politisches Motiv voraus, so muß doch gefragt werden, daß Niemand wünschen kann, daß die physische Macht — welche dieselbe in Regierungskräften oder Meuchelmörderbomben zur Austragung eines Zweites angewendet werde, der unter gegenseitiger Achtung vor dem Gerechte und Ehreerbietung vor der Majestät derselben gelöst werden müßte.“

## Deutschland.

Berlin, 26. Octbr. [Über die Begrüßung der Generalsynode durch den Kaiser] berichtet die Post:

Se. Majestät der Kaiser nahm heute um 12 Uhr die persönliche Begrüßung der Generalsynode in der Capelle des Domcandidaten-Stiftes in der Oranienburgerstraße entgegen. Die Synode hatte sich daselbst vollständig versammelt, die geistlichen Mitglieder im Talar, die uniformberechtigten Herren in Uniform. Von Seiten der königlichen Staatsregierung waren der Kultusminister Dr. v. Goßler und Unterstaatssekretär Licanus, der evangelische Oberkirchenrat mit seinem Präsidenten Dr. Hermes an der Spitze vollständig anwesend. Als Seine Majestät kurz nach 12 Uhr vorfuhr, empfing ihn schon auf der Straße brausender Jubel einer dichtgedrängten Volksmasse. Auf der Schwelle des befestigten Gotteshauses begrüßte ihn der Ober-Hofprediger und Generalsuperintendent D. Kögel und geleitete Se. Majestät in das Innere. Der Kaiser sah sehr frisch und rüstig aus und schritt, während der Domchor einen Hymnus anstimmte, halbvolk nach allen Seiten grüßend, durch den Mittelgang der Capelle nach dem Altar zu, über welchem das von ihm geschenkte Altarbild Pfannschmidts, die Anbetung der Weisen aus dem Morgenlande, aufgehängt ist. Stehend hörte hierauf Se. Majestät die Ansprache des Herrn D. Kögel an.

„Ew. Majestät“, so ungefähr führte der Redner aus, „stehen heute zum zweiten Male in diesem Gotteshaus, zum ersten Male vor 25 Jahren mit Ihrer Majestät der Kaiserin zur Einweihung des Domcandidatenstiftes und heute zur Besichtigung dieses von Ew. Majestät baldvorn geschenkten Gemäldes, welches von Künstlerhand trefflich ausgeführt, die Anbetung Jesu Christi, des Königs der Könige, darstellt. Ew. Kaiserliche Majestät haben ja vor 25 Jahren in Königstein die Krone vom Altar Gottes genommen und sind als Christ, Mensch und König dessen stets eingedenkt geblieben. Gleich Ihnen erhabenen Vorfahren auf dem Hohenolternthrone stehen und verehren wir in Ew. Majestät den starken Schutz unserer

## Wildes Blut. \*)

[50]

Erzählung in zwei Abtheilungen von Balduin Möllhausen.

Das Licht brannte, die Thür war geschlossen, und Walfort nach dem harzig duftenden Lager hinüberführend, wies er auf dasselbe mit den Worten:

„Ich selber bin in meinem Leben oft genug schlechter gebettet gewesen; aber dem Herrn wird's unbequem sein —“

Nicht doch, Wilm, unterbrach Walfort ihn freundlich, nachdem er sich bisher an der wohlthuenden Erscheinung des jungen Mannes geweitet hatte, der in Haltung und Wesen, zumal in der blauen Kappe, das Bild eines von ungestümem Lebensmutth getragenen See-fahrers bot, ich bin nicht um Bequemlichkeiten gekommen, sondern um ernste Dinge mit Ihnen zu berathen. Er warf sich auf das Lager, welchem Beispiel Wilm ungesäumt folgte, dann fuhr er fort: Der treuen Hanna Andeutungen lassen mich wenigstens voraussezeyen, daß Sie entflohen sind, mir Wichtiges anzuvertrauen, was dem Junker Florentin zu Gute kommen soll.

Ja Herr, das ist meine Absicht. Dem Junker soll's von Werth sein, und wird dem Controleur dadurch eine Nase gedreht, so hat er's überflüssig verdient.

Die Hanna und ich, fuhr Wilhelm nach kurzem Besinnen fort, sind nämlich schon vor vier, fünf Jahren einig geworden, einander zu heirathen. Ich war damals von einer langen Reise heimgekehrt, und als ich die Hanna wiedersah, die aus einem halben Kinde ein ordentliches Mädchen geworden, da war's mit meinem Seefahren vorbei. Zum Heirathen aber gehört Geld, und das besaßen wir beide nicht, um ein eigenes Heimwesen zu begründen und ein festes Boot zu beschaffen. Vorläufig arbeitete ich also als Fischerknecht; das brachte indessen nicht viel ein, und da kann's nicht erstaunen, wenn ich mit den Schmugglern Freundschaft schloß und bald ihr Vormann wurde. Denn ich hatte es mir in den Kopf gesetzt, der Hanna ein warmes Nest zu bauen, wenn's aber fertig wäre, das gefährliche Gewerbe an den Nagel zu hängen. Und so war's auch gekommen. Denn beinahe drei Jahre hatte ich gearbeitet, Tags drausen beim Nezelstellen oder in den Gärten, Nachts, wenn die Gelegenheit da, mit zuverlässigen Männern beim Schleichhandel, und das brachte Geld, mochte es immerhin gewagt sein; und lange hätte es nicht mehr gedauert, bis ich alles zum Heimwesen und Boot besammt hatte, als das Verhängniß auf mich hereinbrach.

In den beiden ersten Jahren wußte Hanna nichts von meinem Treiben; denn wir Kameraden waren eingeschworen, daß keine Menschenseele die Wahrheit erfahren sollte. Umringt von Strandwächtern und Zollbeamten, hätten wir ja durch ein unbedachtes Wort uns alle unglücklich machen können, nicht zu gedenken, daß uns das Handwerk auf ewige Zeiten gelegt worden wäre. Endlich aber mußte die Hanna doch eine Ahnung gehabt haben; sie fragte mich nämlich eines Tages, wo ich die Nacht verbracht habe. Ich verschwieg's natürlich. Anstatt aber weiter in mich zu dringen, bat sie, wenn mir an ihr gelegen sei, mich allen gesetzwidrigen Handlungen

fern zu halten. Sie meinte, der Schleichhandel verstoße gegen Gottes Wort und die Gesetze, und sie wolle lieber mit mir ehrlich erworbenes trockenes Brot essen, als im unrechtl. Nebenstuz leben. Das ging mir wohl zu Herzen, und ich beruhigte sie; aber gerade ihre christliche Sanftmuth war Ursache, daß ich ihr ein besseres Los wünschte. Um daher bald ein Ende damit zu machen, trieb ich den Schleichhandel nunmehr mit einer Lust und einem Muthe, daß die Kameraden schier darüber erstaunten und zur Vorsicht mahnten.

### 17. Capitel.

#### Eines Schleichhändlers Erfahrungen.

In diese Zeit fiel ein Ereigniß, welchem der größte Theil meines Unglücks zu danken, fuhr Wilm nach einer kurzen Pause ernstes Sinnens fort. Ich hatte nämlich für den Herrn Controleur übernommen, den Buchbaum, der um den Platz unter dem Nussbaum herumließ, umzupflanzen. Es geschah dies eines Nachmittags, und ich hatte schon eine ziemliche Strecke fertig, da erschien der Herr Ottke mit einem Fremden, und die setzten sich auf die Bank unter den Baum. Ich hab an die vier Jahre auf englischen Schiffen gefahren, und da hörte ich denn fogleich, daß die beiden englisch mit einander redeten, der Ottke nur mäßig, der Fremde dagegen wie ein geborener Engländer. Nebenbei stellte er die Worte sehr langsam und deutlich, wahrscheinlich um sich dem Herrn Controleur verständlich zu machen. So kam es, daß ich das ganze Gespräch hörte, und nicht eine Silbe davon habe ich seitdem vergessen. Zu verrathen, daß mir das Englisch geläufig, war ja keine Ursache, und nachdem ich erst etwas erfahren hatte, packte mich eine Neugierde, daß ich kaum noch meinen Buchbaum in Obacht nahm.

Hier sind wir sicherer als im Hause, sagte der Herr Controleur, während sie auf der Bank es sich bequem machten, und weil Sie die Angelegenheit als ein Geheimniß betrachten, soll von meiner Seite keine Sib rung herbeigeführt werden. Denn da drinnen ist die Erzieherin, und die ist über alle Mäzen neugierig; außerdem mag das Mädchen in jedem Augenblick heimkehren, und die spricht und versteht das Englisch wie einer.

Da sagte denn der Fremde: Ja, ein Geheimniß ist's, und ein wichtiges obenein, welches Ihnen selber nicht minder zustatten kommt, als dem Kinde. Aber der Mann da, und er wies mit dem Daumen über die Schulter auf mich, haben wir ihn nicht zu scheuen? Und da antwortete der Ottke, daß sie sich um das ungeschlachte Vieh von einem Fischerknecht nicht zu kümmern brauchten, und die Verhandlungen nahmen ihren Anfang. Zunächst meinte der Fremde, daß das Mädchen, nämlich der Junger Florentin, sich bei dem Controleur in einer so glücklichen Lage befände, daß es sündhaft wäre, es derselben entreißen zu wollen. Ferner erzählte er, des Junkers verstorbene braune Mutter habe noch Angehörige in Amerika, die aber mit einer solchen Art von Verwandtschaft nicht recht einverstanden wären, und daß er selber sich für verpflichtet halte, mit dem Herrn Ottke offen darüber zu sprechen. Dann sagte er Folgendes: Sie können sich vorstellen, daß man die Tochter oder Enkelin einer Wilden nicht gern um sich sieht, weil

man dadurch beständig an den gräßlichen Missgriff eines sonst sehr lieben Angehörigen erinnert wird, und so ist mir denn der Auftrag ertheilt worden, die misliche Angelegenheit auf eine für beide Theile günstige Art zu ordnen. Es kommt nämlich zunächst darauf an, daß das Mädchen da bleibt, wo es am besten aufgehoben ist, dann aber auch, daß die Leute darüber nicht durch jemand behelligt werden, dessen sie sich seiner Abstammung wegen schämen müssten. Trotzdem geht dieser Leute Unzulänglichkeit an die junge Waise so weit, daß sie dieselbe gegen Noth geschützt wissen möchten. Zu solchem Zweck bin ich also ermächtigt, Ihnen, als dem Vormunde, die Summe von fünftausend Dollars zur Verwaltung auszuzahlen, sofern es in Ihrer Machtvollkommenheit liegt, einige Ihnen vorzulegen und zugleich bindend für spätere Zeiten, zu unterschreiben.

Da wandte der Herr Ottke ein, daß seine Machtvollkommenheit nicht über die Großjährigkeits-Eklärung des Junkers Florentin hinausreiche, und wenn ich richtig verstand, beruhigte der Fremde den Controleur damit, daß die Bedingungen so abgesetzt sein würden, daß der Junger sie später nur zu lesen brauchte, um sie zu respectiren. Meines Erachtens sollte so viel Gift, Galle und Verachtung drin aufgespeichert werden, daß das arme Mädchen sich lieber wer weiß wohin, als zu ihren amerikanischen Verwandten begeben hätte. Dann fuhr der Fremde wieder fort: Für Ihre große Mühewaltung und in Anerkennung Ihrer Gewissenhaftigkeit gedenkt man eine erhebliche Summe für Sie selber auszuzahlen, die allerdings erst dann Ihr unumstrittenes Eigenthum wird, nachdem die peinliche Familien-Angelegenheit durch Ihre Mitwirkung endgültig aus der Welt geschafft worden. Ich gebe zu, man macht viel zu viel Aufhebens von der Geschichte, denn die natürliche Tochter eines Weisen oder einer Indianerin sowie deren Kinder sind überhaupt von jeder Erbberechtigung ausgeschlossen; anderseits berücksichtige ich aber auch gern, daß man nicht den Schein einer grausamen Entscheidung — ja, genau so lauteten seine Worte — gegen sich herausfordern möchte. Ferner sprach er davon, daß noch andere Beweggründe walten, ein derartiges Verfahren zu beobachten. Er berief sich darauf, daß die Verwandten des Großvaters des Junkers mit erbitterten Feinden zu rechnen hätten und daher fürchten müßten, daß diese ihnen den Junger eines Tages auf den Hals schicken würden, und gegen eine solche hinterlistige Handlung müßten sie sich auf die eine oder die andere Art schützen.

Darauf betheuerter der Controleur, den Junger nimmermehr von sich zu lassen, und daß die Herrschaften in Amerika unbesorgt auf seinen guten Willen Häuser bauen könnten. Das bestiedigte den Fremden sichtbarlich, und Freude gab er kund, mit seinem Anliegen an den richtigen Mann gekommen zu sein. Dann sprach er weiter — und ich entnahm mich seiner Worte so genau, daß mir keins mehr fehlt. Denn im Gefängniß, wo mir die Zeit hinschlich, daß ich hätte verzweifeln mögen, wiederholte ich seine Rede wohl hundert Mal, bis ich sie endlich im Kopfe hatte. Ich verstande sonst wohl nicht, die Worte zu stellen wie in einem Buch.

(Fortsetzung folgt.)

theueren Landeskirche, zumal in diesen Tagen, in denen sich bald zwei Jahrhunderte runden, seitdem der große Brandenburger, Erw. Majestät erlauchter Ahnherr, der Große Kurfürst, durch das Edict von Potsdam den bedrängten Glaubensgenossen Schutz und Zuflucht gewährte. Erw. Majestät geruhet dieses Kunstwerk in Augenschein zu nehmen, das der profanen Kunst der heutigen Tage gegenüber den Beweis darbietet und die Aufgabe stellt, daß das Schöne in den Dienst des Heiligen zu treten hat. Mit dem nochmals ausgesprochenen ehrfurchtsvollsten Dank ersleben wir die Segenswünsche des Allerhöchsten, der Erw. Kaiserl. Majestät bis in Ihr hohes Alter hinein gesegnet hat. Amen!"

Die Versammlung stimmte tiefbewegt dreimal in dieses Amen ein.  
Darauf trat der Präsident der Generalsynode Graf Arnim auf Se. Majestät zu, um dem Schirmherrn der evangelischen Landeskirche den ehrenvollsten Dank der Synode auszusprechen. Er schloß mit dem Rufe: "Gott segne Erw. Kaiserliche Majestät!"

Se. Majestät der Kaiser sprach zunächst seinen Dank für die künftige Schöpfung aus:

"Was Sie über mich selbst sagen, nehme ich bescheidenlich gerne hin. Ich kann in meinen alten Tagen den Himmel zum Zeugen anrufen, daß ich das einzige Fundament, auf dem Alles beruht, die Religion, stets für das höchste Gut meines Volkes gehalten habe. Wenn die Synode auf diesem Fundament beharrt und fortfährt, in Einmütigkeit vor Gott und der Christenheit zu arbeiten, dann werden die guten Resultate Ihrer Arbeit nicht fehlen."

Se. Majestät unterhielt sich darauf, das Bild bestätigend, längere Zeit mit dem Schöpfer desselben, Herrn Professor Dr. Pfannschmidt, mit den Präsidenten Hermes, Brückner, Graf Arnim, Rübesamen, dem General v. Strubberg, D. Högl und anderen Mitgliedern der Synode.

Als Se. Majestät halbwohl wieder nach allen Seiten grüßend die Kapelle verließ, sprach er in der Vorhalle noch den Pastor v. Bodelschwingh an, dem Se. Majestät das lebhafte Interesse für das Bielefelder Arbeitervorwerk hinzufügte, er wäre selbst gern einmal nach Bielefeld gekommen, worauf Pastor v. Bodelschwingh erwiderte, die Ausführung dieses Wunsches würde das höchste Glück sein. Lächelnd setzte Se. Majestät seinen Weg fort bis zu dem vor dem Hause haltenden Wagen, wobei von lebhaften Hochrufen der Menge begrüßt.

[Die Abstammung der Prinzen von Battenberg.] Aus Straßburg vom 22. d. wird geschildert: Vor einiger Zeit ließen Mittheilungen über die Familie der Battenberge durch die Preise, welche zum Theil als irrg. bezeichnet werden müssen. Die Mutter des lebhaften Fürsten Alexander von Bulgarien ist die Urenkelin des ehemaligen protestantischen Pfarrers Heinrich Wilhelm Schwenepföhner in dem vorwärts elässischen Dorfe Rechtenbach, welches 1815 an die preußische Rheinprovinz kam. Eine Tochter dieses Pfarrers Schwenepföhner wurde nämlich nach dessen Todt die Gepielin einer Prinzessin am großherz. hessischen Hofe und zog mit derselben, als diese sich verehelichte, nach Warschau. Dort verheirathete sich Junger Schwenepföhner bald mit dem Besitzer eines adeligen Erziehungs-Institutes, Namens Haucke. Von den drei aus dieser Ehe entprossenen Söhnen erwarben die beiden ersten Generalrang; außerdem wurde der älteste Kriegsminister für Polen, der andere Adjutant des russischen Kaisers Nicolaus; der jüngste war Staatsrat. Nachdem der älteste, der in den Grafenstand erhoben worden war, im Jahre 1830 an der Spitze der russischen Truppen in den polnischen Freiheitskämpfen gefallen war, wurden seine Kinder am russischen Hofe erzogen. Von diesen Kindern verehelichte sich die durch Schönheit und Geist gleich ausgezeichnete Gräfin Julie im Jahre 1851 mit dem Prinzen Alexander von Hessen und führte seitdem den Titel einer Prinzessin von Battenberg. Der drittgeborene Sohn aus dieser Ehe ist der jetzige Fürst Alexander von Bulgarien. Das ehemalige Fräulein Schwenepföhner, beziehungsweise die Frau Institutsbesitzerin Haucke, war mithin die Urgroßmutter des Fürsten, und ihr Vater, der Pfarrer von Rechtenbach, dessen Ururgroßvater. Der jetzige Oberlehrer am hiesigen Thomasstift, Herr Schwenepföhner, ist der Enkel eines Bruders des obengenannten Pfarrers.

[Militärisches.] Die Auerkennung der unter dem 13. April 1884 von dem preußischen Kriegsministerium für die zweckentsprechendsten Modelle zu einer veränderten und verbesserten Ausrüstung der Fußtruppen eines Deutschen Heeres ausgesetzten Preise ist, wie von gut unterrichteter Seite berichtet wird, bereits vor einigen Monaten erfolgt, und damit sind die betreffenden neuen Ausrüstungsstücke in die Trageweise eingetreten, zu deren Ausführung bei mehreren Divisionen Versuchscampagnen zusammengestellt worden sind. Nach den bisher veröffentlichten Mittheilungen handelt es sich hierbei zunächst um die Erprobung einer neuen Helm- und einer neuen Tornisterform und um die erweiterte Ausrüstung des Infanteristen mit einer dritten Patronentasche, ferner um einen wasserfesten Brotpack, veränderte Tornisterriemen, ein verbessertes Futteral für den kleinen Infanterie-Spaten und eine neuartige Tragform für das Leichengesicht und den Mantel. Die Erprobung einer neuen Fußbekleidung wird noch nicht erwähnt, und diese bleibt danach, eben so wie etwaige Uniformänderungen, wahrscheinlich besonderen Versuchen vorbehalten. Für die sämtlichen aufgefahrene Ausrüstungsstücke ist im wesentlichen die bisherige Form beibehalten worden und es handelt sich bei den in Aussicht genommenen Änderungen nur um eine Erleichterung und handlichere Gestaltung derselben. Als entschiedene Verbesserung muß die Ausrüstung mit einer dritten Patronentasche und der neue wasserfeste Brotpack erachtet werden. Die sonstigen Lebensmittel werden fortan in einer Segel-Leinwandtasche unter dem Tornisterdeckel, der Mantel wird nicht mehr en bandoliere über der Brust, sondern um die vier Ecken des Tornisters getragen. Das Holzgestell im Innern dieses letzteren wird durch ein leichtes Rohrgesicht ersetzt. Die neue Tragform des Mantels stimmt mit der früher in der französischen Armee üblichen überein, doch hat dieselbe dort in Hinsicht ihrer Zweckmäßigkeit zu vielen Ausstellungen Veranlassung gegeben. Sehr vortheilhaft erscheint, daß der Transport für die Lebensmittel so eingerichtet ist, um vor kommenden Fällen, herausgenommen aus dem Tornister, auch nach Ablegung desselben getragen werden zu können, wie daß der Mann für das Eintreten solcher Erleichterungsfälle in seinen drei Patronentaschen die ausreichende Munition gleich am Wehrgehänge mit sich führt. Die Beweglichkeit und Verwendungsfähigkeit der deutschen Infanterie muß dadurch als außerordentlich gesteigert erachtet werden.

## Kleine Chronik.

Breslau, 27. October.

Franz Liszt in Tirol. Über den mehrjährigen Aufenthalt, welchen Franz Liszt im Laufe dieser Woche auf Schloss Jäger, einer Begegnung der Clavier-Virtuosin Frau Menter in Tirol, genommen, wird der „R. Dr. Pr.“ folgendes mitgetheilt: Am verlorenen Sonntag langte Liszt, von München kommend, in der Station Börgl an und wurde auf dem Bahnhofe von Frau Menter und Herrn Ludwig Bösendorfer, welcher sich am Tage vorher schon nach Jäger begeben hatte, empfangen und nach dem Schlosse geleitet. Hier hielt er unter Böllerschüssen und Musik durch einen Triumphbogen seinen Einzug. Die Feuerwehrkapellen von Jäger und Hohenasperg brachten am Abend dem Meister ein Ständchen. Liszt ist trotz seiner 74 Jahre und abgesehen davon, daß seine Hände stark zittern, noch recht rüstig und ungemein fleißig. Schon um 3 Uhr Morgens verließ er täglich sein Lager und machte sich an die Arbeit. Um 1/2 Uhr früh fand er sich in der unweit vom Schlosse gelegenen Pfarrkirche zur Messe ein. Nach der Messe arbeitete der Meister fast ununterbrochen bis Mittag. Die Nachmittagsstunden waren fast ausschließlich der Muß gewidmet. Frau Menter und einer ihrer Schüler aus Petersburg spielten abwechselnd oder zusammen Compositionen älterer oder neuer Meister. Aber auch Liszt ließ sich wiederholt bewegen, zu spielen. Sobald er einmal am Clavier saß, ist keine Spur des Zitterns der Hände mehr zu bemerken. Er spielte er beispielsweise die bekannte Schumann gewidmete große Sonate, zu der, wie jeder Clavierspieler weiß, physische Kraft und Ausdauer in nicht geringem Grade gehören. Doch kaum war die Piece zu Ende, konnte er sich, nachdem er seinen Sitz verlassen, kaum mehr auf den Füßen halten, so hatte ihn das Spiel angegriffen. Ein zweites Mal spielte Liszt wieder seine Türe B, A, C. H. Bach auf besonderen Wunsch der Schlossfrau, welche diese Piece demnächst auf ihrer Koncertreihe in Schweden zu spielen gedacht, und entzückte seine Zuhörer damit. Während seines Aufenthaltes in Jäger wurde mit seinem Worte seines 74. Geburtstages, welches er vorgesterne feierte, erwähnt, da er, wie bemerkte, nicht gern daran erinnert wird — daß er um ein Jahr älter geworden. Am Mittwoch begab sich Abbé Liszt nach Innsbruck und tritt von dort die Reise nach Rom an, wo er das Weihnachts- und Neujahrsfest, wie alljährlich, feiern wird.

Eduard Lassen. Aus Weimar wird der „E. R.“ mitgetheilt, daß Hofkapellmeister Eduard Lassen durch ein Leiden am Gebrauche seines rechten Armes verhindert sei und in Folge dessen zunächst auf seine Dirigententätigkeit verzichten muß.

Berlin, 27. Oct. [Zweite ordentliche Generalsynode.] 14ter Sitzungstag. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Kirchengeistes. Berichterstatter ist Justizrat Stämmel (Berlin). Die Motive des Gesetzes verweisen darauf, daß die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Geistlichen als eine Verpflichtung der evangelischen Kirche schon frühzeitig anerkannt worden ist. Für das vormalige Herzogthum Preußen gibt die preußische Kirchenordnung (Bischöfswahl) von 1568 in dem Capitel „Von den vorlebten Pfarrherren“ dieser Verpflichtung Ausdruck. Aus den Kirchenordnungen des 16. und 17. Jahrhunderts sind die zumeist noch heute als provinzialrechtliche Bestimmungen in Kraft stehenden Normen enthalten. Durch diese sowohl, wie durch die Errichtung der staatlichen Allgemeinen Witwenverpflegungsanstalt und durch den in den Staatshaushaltsetat eingestellten Fonds zur Unterstützung für Hinterbliebene von Geistlichen und Kirchenbeamten ist bisher die Möglichkeit einer Abhilfe für die dringendsten Bedürfnisse gegeben. Im Ganzen herrschen aber große Ungleichmäßigkeit und Unvollkommenheit. Durch den vorliegenden Entwurf soll dieser Gegenstand unter thürnischer Heranziehung staatlicher Beihilfen eine befriedigende Ordnung auf städtischem Gebiete finden. Die Gründung eines Centralfonds der evangelischen Landeskirche, von welchem die Witwen- und Waisengelder gezahlt werden, ist die Voraussetzung des Gesetzes. Für die Ausstattung derselben ist zuerst in Betracht genommen, daß auch im Staatsgesetze den Beamten auferlegte Beitrag von 3 p. ct. des Einkommens, ferner eine jährliche Rente von 450 000 M. aus der Staatskasse als Entschädigung für die dadurch zu bewirkende Befreiung von der Buschuleistung zu der Allgemeinen Witwenverpflegungsanstalt, sodann die Zinsen eines aus den Erparnissen des landeskirchlichen Pensionsfonds zu überweisenden Grundcapitals von 1 Million Mark, ferner eine landeskirchliche Umlage bis zum Höchstbetrag von 1 p. ct. Der Gesetzentwurf lehnt sich im Allgemeinen an das Ruhegehaltsgeetz an, da er sowohl in Betreff der Berechnung der Witwen- und Waisengelder und damit in Betreff der Bemessung des Dienstekommens und des Dienstalters auf dessen Bestimmungen beruht, ein erhebliches Capital aus dem Vermögen des Pensionsfonds entnommen wird z. B. — Berichterstatter Syn. Stämmel führt Namens der Commission aus, daß dieselbe sich Mangels genügender Unterlagen auf Stande sieht, auf dem dem Gesetzentwurf zum Grunde liegenden Plan einer Übernahme der bei der Allgemeinen Witwenverpflegungs-Anstalt für Chefräuber und Witwen von Geistlichen versicherten Pensionen gegen eine immerwährende feste Rente einzugeben. Die Commission sei keineswegs grundsätzlich abgeneigt, behufs einheitlicher Regelung des gesammten kirchlichen Relicteverleihens die Verpflichtungen des Staates aus diesen Verpflichtungen gegen Überweitung der dafür zu zahlenden Witwenkassen-Beiträge gegen eine dem Maß der staatlichen Verpflichtungen entsprechende Abfindung und gegen Entschädigung für die der Kirche erwachsenen Verwaltungskosten auf den neu zu errichtenden Relictefonds zu übernehmen. Sie empfiehlt vielmehr, daß die General-Synode den dringenden Wunsch ausstrecke, daß der Evangelische Oberkirchenrat in dieser Richtung mit den zuständigen Staatsbehörden in fernere Verhandlung treten und event. der General-Synode eine weitere Vorlage machen möge. Die Commission beantragt deshalb schließlich: General-Synode wolle die Ergebnisse der Berathungen der Commission dem Evangelischen Oberkirchenrat mit dem dringenden Wunsch überweisen: Behufs thunlich baldiger Ordnung des Pfarr-Relicteverleihens durch Kirchengesetz die General-Synode zu einer außerordentlichen Session wieder einzuberufen. — Syn. Hegel empfiehlt dagegen dringend, die sehr sorgfältig durchgearbeitete Vorlage des Evangelischen Oberkirchenrats nicht in dieser Weise zu erledigen, sondern in dieer hochwichtigen Frage mit einem positiven Resultat abzuwickeln. Dieselbe Bitte legt Präsident Dr. Hermes der Synode ans Herz, indem er einzelne technische Bedenken des Referenten widerlegt. — Hierauf wird die Sitzung bis 1 Uhr verlängert und die Mitglieder begeben sich zur Begrüßung des Kaisers in die Capelle des Domcandidaten-Stifts.

[Der Schriftstellerntag,] welcher seitens des Deutschen Schriftsteller-Verbandes einberufen ist, hat am Sonnabend seinen Anfang genommen. Um halb sieben Uhr fand eine Vorveranstaltung statt, behufs Bekanntgabe der wichtigsten zur Tagesordnung stehenden Fragen; das Hauptergebnis dieser Vorveranstaltung war der Beschluß, daß nicht nur die Mitglieder des Verbandes, sondern auch die Gäste berechtigt sein sollten, an den Berathungen der Geschäftsführung teilzunehmen. Sodann hielt Hermann Heiberg eine Ansprache an die Versammlung, die Erstienen, namentlich die von auswärtigen, willkommen hielten; Dr. Carl Braun sprach im Namen der Gäste deren Dank aus für die Thätigkeit des Festkomités. Am Sonntag Vormittag 10½ Uhr begann die eigentliche Geschäftsführung im unteren Saale des Hotel de Rome. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Berathung über den Entwurf eines besseren Statutes; das Referat erstattete Dr. Moritz Brasch. Zu der Sache ist ausläßend Folgendes zu bemerken: Es wird dem Verbande der Vorwurf gemacht, daß er für den Schriftstellerstand nichts Rechtes leiste, trotzdem der Beitrag (5 M. jährlich) doch genug sei. Man habe zu viel Geld für die mit den Generationsversammlungen alljährlich verbundenen Festlichkeiten verbraucht, außerdem koste das als Verbandsangehörige „Magazin für die Literatur des Auslandes“ zu viel Geld, so daß für wirklich reelle Zwecke keine Mittel übrig geblieben seien. In Folge dessen hat sich neuerdings ein „Deutscher Schriftstellerverein“ gebildet, der bei sehr niedrigem Jahresbeitrag (5 M.) unter Vermeidung jedes unnötigen Aufwandes Hilfsfassen für Schriftsteller errichten will. Dieser Thatbestand gab Anregung zur Revision des Statuts beim Verbande, und es fehlt auch nicht an Bemühungen, eine Verschmelzung beider Vereine anzubauen. Vorläufig indessen scheint die Mehrheit des Verbandes dieser Verschmelzung abgeneigt. Die Durchberatung des Statuts erwies sich bald als undurchführbar: ein Stunden langer, wortreicher und schwer zu beherrschender, die Sache aber nur sehr wenig fördernder Meinungsaustausch über den § 1 des Entwurfs bewies, daß auf diesem Wege nicht vorwärts zu kommen sei. Bei der Frage, ob Leipzig oder Berlin Sitz des Verbandes werden sollte, stimmten für Leipzig 47, für Berlin nur 24. Im Übrigen aber erwies sich all' das Reden derart unfruchtbare, daß Professor Lazarus vorschlug, den ganzen Entwurf ohne Weiteres anzunehmen und ihn erst nachträglich durch eine Commission verbessern und vervollständigen zu lassen. Um nur der Sache ein Ende

zu machen, nahm man demnächst wirklich das Statut an und berieb nur noch einzelne Punkte desselben, um der Commission ein Bild über die Stimmeingabe zu verschaffen. So wurde vorgeschlagen, den Beitrag auf 5 Mark zu erhöhen, aber den Einzelnen Zahlung eines höheren Salzes anhängerzugeben (Steinitz), anderseits, 10 M. festzusetzen (Frenzel); Manche waren aber auch der Ansicht, 15 M. seien festzuhalten. Bezuglich der Veröffentlichungen des Verbandes wurde beschlossen, dieselben durch Circular zu beorgen, den Vertrag mit dem „Magazin“ aber zu kündigen, da die Haltung desselben es als Verbandsorgan ungeeignet erscheine lasse. An sonstigen Gegenständen kamen zur Verhandlung: die Frage der „Errichtung einer Pensionskasse für die Mitglieder des Verbandes“. Man entschied, es sei die Errichtung einer solchen Kasse für den Augenblick nicht möglich; es solle aber eine Unterstützungs-Kasse für bedürftige Schriftsteller errichtet werden, deren Fonds aus freiwilligen Jahren-Beiträgen von je 10 Mark (auch von Nichtmitgliedern) zu bilden und unter Oberaufsicht des Verbandes zu verwalten sei. Die „Errichtung eines literarischen Bureau“ wurde demnächst für unthunlich erklärt. Über die „Verwendung des Gußlow-Denkmal-Fonds“ einigt man sich dahin, den Fonds (4150 Mark) der Stadt Dresden, wo das Denkmal aufgestellt werden soll, zu überweisen, ihr anheimgehend, welchen von den beiden vorliegenden Entwürfen sie ausfüllen lassen wolle. Die schließlich vorgenommene Ergänzungswahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, die Rechnungsablage wurde richtig befunden. Den ziemlich langwierigen und ermüdenden Verhandlungen folgte ein festliches „Frühstück“ (Nachmittag 6 Uhr!) im Hotel de Rome. Der dritte, gefrige Tag des Congresses begann mit einer Reihe von Vorlesungen im Bürgerzaal des Rathauses, wo zunächst der Oberbürgermeister von Jordensbeck die Versammlung im Namen der städtischen Behörden begrüßte, auf die Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit der Presse, die die Vorkämpfer aller Guten sein solle, hinweisend. Die Vorlesungen waren: Dr. C. Braun: „Über das Verhalten Friedrich des Großen zur deutschen und französischen Literatur.“ Ferner Prof. Richard Giese: „Die Anfänge des jüdischen Schriftstellerthums in Berlin“, eine nach Form und Inhalt meisterhafte, sowie durch ihre Knappheit angenehm berührende Leistung; endlich Dr. Robert Keil: „Das Goethe-Haus und sein Schatz.“ Um 5 Uhr Nachmittags fand ein feierliches Mahl im großen Saale der Philharmonie statt und um 9 Uhr Abends begann daselbst der Ball. (T. R.)

B. C. [In Bezug auf die polizeilichen Brotarten] hat der Strafanstalt des Kammergerichts am Montag in der Revisionsinstanz zwei wichtige Entscheidungen gefällt. Die erste bezieht sich auf eine Verordnung der Polizeiverwaltung zu Bottrop (Westfalen) vom 14. November 1884, wonach die Preisverzeichnisse der verschiedenen Backwaren der dortigen Bäcker mit dem polizeilichen Stempel versehen und alle Monat erneuert werden sollen. Eine Anzahl dortiger Bäcker, welchen wegen Contravention gegen diese Verordnung Strafmandate zugegangen waren, hatte hiergegen auf gerichtliche Entscheidung angetragen, wurde jedoch sowohl vom Schöffengericht, wie von der Strafammer zu Münster mit dem Einwande, daß die qu. Verordnung gegen die Gewerbeordnung verstoße und nicht rechtsverbindlich sei, abgewiesen. Sie legten Revision beim Kammergericht, als höchstes Landesgerichtshof (sog. „kleines Obertribunal“) ein, wurden aber damit ebenfalls in Rücksicht darauf, daß die Verordnung gesetzmäßig, nämlich nach vorheriger Berathung mit der Gemeindebehörde zu Stande gekommen war, zurückgewiesen.

Die zweite Entscheidung betraf die Frage, ob die Polizeibehörde berechtigt ist, bestimmte Gewichtsgrößen für Backwaren festzusezzen? Der Bürgermeister von Stoppenberg (Westfalen) hatte nämlich unter dem 23. October 1879 eine Polizeiverordnung erlassen, worin es u. a. heißt, daß die dortigen Bäcker ihre Schwarzbrote nur im Gewicht von 5 und 2½ Kilo backen dürfen und einen polizeilichen Aufhänger anbringen darüber in ihrem Verkaufslocal führen sollen. — Als nun der Bäcker R. seinen Aufhänger, worin auch 10 Kilo schwere Schwarzbrote angeführt waren, weil diese seiner Angabe nach am besten gingen, während die von der Polizei vorgeschriebenen Sorten nur wenig gingen, abstempeln lassen wollte, verweigerte die Polizei die Abstempelung und ließ später, weil R. trotzdem die Zehnpfundbrote führte, demselben ein Strafmandat zugeben, wogegen er auf gerichtliche Entscheidung antrug. Sowohl das Schöffengericht, wie die Strafammer zu Essen, bei welcher die Anwaltschaft Berufung eingelegt hatte, erkannten indes auf Freiabrechnung, und zwar führte der zweite Richter für seine Entscheidung namentlich folgende Gründe an: „Die betreffende Polizeiverordnung besteht zu Unrecht und ist nicht rechtsverbindlich, weil ihre Bestimmung, daß nur Schwarzbrote zu 5 und 2½ Kilo gebakken werden sollen, wegen der Beschränkung des Gewerbebetriebes mit Schwarzbrot auf diese beiden Gewichtsklassen dem § 73 der G.-O. zuwiderlaufe; denn indem dieser Paragraph den Ortspolizeibehörden gestattete, die Bäcker zum Anbringen eines Preis- und Gewichtsverzeichnisses ihrer Backwaren anzuhalten, werde gleichzeitig jede weitere Einschränkung des freien Gewerbebetriebes im Wege der Polizeiverordnung für unzulässig erklärt. Wegen der Unzulässigkeit der Einschränkung des Bäckers von Schwarzbrot sei auch der weiter gebotene Aufhänger der Preise und Gewichte in der gedachten Weise unmöglich, und auch dieser Theil der betreffenden Verordnung nicht verbindlich. Gegen diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision ein, indem sie die Annahme des Bäckers für rechtsirrtümlich erachtete, und auch die Oberstaatsanwaltschaft war dieser Ansicht, indem sie des Weiteren ausführte, daß es sich hier ja eigentlich gar nicht um eine „Taxe“ handele. Der Richter stieß das Recht zu, das Gewicht festzusetzen, dann können sich die Bäcker aber immer noch den Preis und andernfalls, wenn die Polizei den Preis feststellt, das Gewicht machen. Da hier die Polizei nur eines der ihr zustehenden Rechte ausübt, so sei die Vorentscheidung aufzuheben. R.-A. Hoffmanns Vertreter führte dagegen aus, daß hier nur in Frage komme, ob die Gewerbeordnung die Polizei zu derartigen Verordnungen berechtige, und das sei zu verneinen. Das Kammergericht entschied hierauf, daß die Revision der Staatsanwaltschaft zurückzuweisen sei. — Der Richter sei allerdings nicht verwehrt, zu bestimmen, daß Backwerk nach einem Gewichtsverzeichnis abzufabken werden, um so eine Kontrolle für das Publikum zu ermöglichen. Wenn die Polizei dagegen auch die Gewichtsgrößen

Der Kritiker willigte ein und sein Schützling las einige Seiten vor. „Aber, nehmen Sie mir's nicht übel, mein Lieber, wen soll nur all das plebejische und kleinstädtische Zeug von Gartenwirtschaft u. s. w. interessieren, was Sie da hineingekleistert haben?“ „Ah, entschuldigen Sie, ich habe mich verlesen,“ entgegnete der Andre, „was ich Ihnen vorlas, ist ja eine Abschrift des 9. Capitols aus Goethe's Wahlverwandtschaften!“ Man kann sich die Verlegenheit des gestrengen Kritikers denken. Indessen, um gerecht zu sein, muß man doch sagen, daß vielleicht auch der große Goethe, wenn er heute als unbekannter Anfänger herumwanderte, Mühe hätte, auf ein bloßes Bruchstück seiner Wahlverwandtschaften in einen Erfolg zu erringen oder auch nur einen Verleger zu finden.

Der große afrikanische Löwe im Berliner zoologischen Garten ist, wie wir bereits mittheilten, verendet. Das prächtige Thier fing, wie der „Magd. Btg.“ geschrieben wird, bereits vor einigen Wochen zu kränkeln an. Das fastigste „Rohrbeet“ schmeckte ihm nicht mehr und er genoß nur einen Brei vom zermahlenen Fleisch, Eiern und Milch. Sonnabend waren seine Kräfte schon so weit reduziert, daß es auch diese Nahrung verweigerte, sein Kopf ruhte matt auf dem Napf, der den Brei erhielt, und selbst den Zuruf des Wärters, dem es vorher stets eine gemischt Sympathie begegnete, ließ es unbeachtet. Gegen 6 Uhr ließ der Löwe, indem er sich aufzurichten versuchte, plötzlich einen martergeschüttenden, langgezogenen und idyllischen Klageraub ertönen, der die gesamten Insassen des Raubtierhauses in die wildeste Aufregung versetzte, gleichsam als wenn die eingefangenen Geistesflossen des Wüstenkönigs Ende ahnten: unter Leiseren, Schwimmer brach der Löwe vollständig zusammen und war tot. Erst allmählig legte sich die Erregung der übrigen Thiere und tiefe Stille trat wieder ein. Interessant ist übrigens die Thatsache, daß die wilden Insassen des Raubtierhauses ihren Wärter Peens sehr genau kennen. Im vergangenen Jahre war der Genannte mehrere Monate an Gelenkrheumatismus erkrankt, so daß er seine amtlichen Funktionen nicht verrichten konnte und ein Stellvertreter die Fütterung und Pflege der Thiere übernahm. Als der alte Wärter nach Wiederherstellung seiner Gesundheit das Raubtierhaus wieder betrat, wurde er von der Mehrzahl der Befitten sofort erkannt. Besonders ein gewaltiger Königstiger hatte ihn in treuem Angedenken behalten, denn mit seinen funkelnden Augen schaute

festsetze, so befindet sie sich mit dem Prinzip der Gewerbeordnung in Wider-

[Gegen den Redakteur der „Freien Zeitung“] Herrn Karl Väger, wurde am Dienstag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen Beleidigung der königlichen Staatsanwaltschaft verhandelt, die aus dem ersten folgen. „Stöckerprozeß“ resultiert. In der Nr. 169 der „Freien Zeitung“ vom 23. Juli d. J. erhielten unter der Spitzmarke „Stöckeriana“ ein Artikel, in welchem dem „Reichsboten“ eine systematische Verhöhnung der gerichtlichen Maßnahmen und des Gesetzes vorgeworfen wurde, weil das leitende Blatt keinen Anstand genommen, das von der Staatsanwaltschaft confiszierte, gegen Stöcker gerichtete Flugblatt, welches dem gegen den Redakteur Väger erhobenen Prozeß zu Grunde lag, wörtlich abzudrucken, was nach dem Preßgesetz verboten ist. Hieran knüpfte sich die Frage: „Was würde wohl uns oder jeder anderen liberalen Zeitung geschehen, wenn wir den Abdruck gewagt hätten?“ In der darauf folgenden Nummer der „Freien Zeitung“ wurde dann konstatiert, daß die Staatsanwaltschaft es nicht für nötig erachtet hatte, gegen den „Reichsboten“ einzuschreiten, und die Folge davon sei, daß auch die Kreuzzeitung sich für berechtigt gehalten, den confisierten Artikel nachzudrucken. In diesen Artikeln erblickte die Staatsanwaltschaft die Kriterien der Beleidigung, weil ihr der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht wurde, und darauf wurde obige Anklage erhoben. Der Angeklagte, dem als Vertheidiger der Staatsanwalt Sachs zur Seite stand, bekannte sich zur Verfasserschaft der beiden incriminierten Artikel, behauptete aber, daß ihm die Absicht der Beleidigung völlig fern gelegen. Der Vertheidiger beantragte zum Beweise der in dem Artikel behaupteten Thatfache, daß die Staatsanwaltschaft die politischen Personen nicht mit gleichem Maße misse, die Redakteure des „Reichsboten“ und der Kreuzzeitung, Pastor Engel und Freiherr von Hammerstein, welche er bereits durch Gerichtsvollzieher geladen habe, zu vernehmen; ferner die staatsanwaltschaftlichen Acten Väger gegen Stöcker, Lerche gegen v. Schleben in Nordhausen und die Acten Koschull gegen Garthaus vorzulegen. Die geladenen Zeugen sollen beurkunden, daß sie in ihren Blättern trotz der erfolgten Beschlagnahme des Artikels „Hofprediger, Abgeordneter und Lügner“ denselben zum Abdruck gebracht haben, ohne dafür strafrechtlich verantwortlich gemacht worden zu sein. Aus den Acten Väger-Stöcker muß hervorgehen, daß die Staatsanwaltschaft wegen der dem Väger in dem bekannten Strafantrag zugefügten Beleidigung (Väger wurde Freiheit vorgenommen) ein öffentliches Interesse nicht anerkennen konnte, während sie wegen der Beleidigung Stöckers ein solches angenommen hatte. Die Nordhäuser Acten ergeben, daß die Staatsanwaltschaft die dem freisinnigen Amtsräther Lerche von dem Parteidrucker v. Schleben zugefügte schwere Beleidigung (Lerche wurde wissenschaftlicher Meineid vorgenommen) als nicht im öffentlichen Interesse liegend, nicht verfolgen wollte und erst durch den Justizminister dazu angehalten werden mußte. Die Breslauer Acten sollten darthun, daß die Staatsanwaltschaft sofort zur Hand war, als es sich um den Schutz einer conservativen Zeitung (der „Schlesischen Zeitung“) handelte. Nachdem der Staatsanwalt die zu erwartenden Thatsachen als gerichtskundig bezeichnete, zog der Vertheidiger die Anträge in Betreff Vorlegung der Acten zurück. Die Zeugen Freiherr v. Hammerstein und Pastor Engel befanden, daß sie tatsächlich den erwähnten, gegen Stöcker gerichteten Artikel reproduziert hätten, aber nur um an das Väger-judizierte milde Strafmaß kritisirende Glossen hinzufügen zu können, die betreffenden Nummern der von ihnen vertretenen Zeitungen seien nicht confisziert worden, dagegen hätte die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Preßvergehens wider sie erhoben, die aber wieder fallen gelassen worden wäre.

Staatsanwalt Oppermann erachtete es für zweifellos, daß der Angeklagte sich einer schweren Beleidigung der Staatsanwaltschaft schuldig gemacht. Es werde derselben vorgeworfen, daß sie liberale und conservative Zeitungen mit verschiedenem Maße misse; während sie erstere verfolge, drücke sie aus politischen Motiven letzteren gegenüber ein Auge zu und lege dadurch Parteilichkeit an den Tag. Es sei sehr zu bedauern, daß eine solche Anklage wie die gegenwärtige hätte erhoben werden müssen, und ein trauriges Zeichen der Zeit, daß ein gewisser Theil der Presse in letzterer Zeit es für angemessen halte, die Staatsanwaltschaft in maß- und schamloser Weise anzugreifen. Es trete dadurch die Tendenz zu Tage, im Interesse der politischen Parteien Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen zu erregen. Erhörenden falle ins Gewicht, daß der Angeklagte überzeugt sei, daß seine Behauptungen frei und ungerechtfertigt waren, während andererseits die häufigen Conflicte der „Freien Zeitung“ mit der Staatsanwaltschaft eine gewisse Antipathie gegen die letztere erklärlich erscheinen lasse. Das Strafmaß betreffend, enthalte er sich eines Urteiles, weil er selbst mitbeteiligt sei und überlässe dessen Bestimmung dem Gerichtshofe.

Staatsanwalt Sachs plaidirte für Freisprechung des Angeklagten. Den Angriff des Herrn Staatsanwalts gegen die Presse, daß dieselbe in leichter Zeit das Institut der Staatsanwaltschaft in maß- und schamloser Weise begeiftert habe, müsse er energisch zurückweisen. Die Presse habe nicht nur das Recht, sondern es sei geradezu ihre Pflicht, an der Fortbildung des öffentlichen Rechts zu arbeiten und offenkundige Schäden in unserer Strafrechtshofe.

Per ultimo October (Course von 11 bis 1½ Uhr): Ungar. Goldrente 79,75—79,62 bez., Russ. 1880er Anleihe 80,62 bez., Russ. 1884er Anleihe 95,50—95,37—95,50 bez., Russ. Orient-Anleihe II 60,12 bez., Oesterr. Credit-Actien 463—462 bez., Verein. Königs- u. Laurahütte 89,50—89,30 bez., Russ. Noten 200,75 bez., Türken 14,62 bez.

2 Breslau, 27. October. [Von der Börse.] Die Börse beschäftigte sich heute hauptsächlich mit der Ultimoliquidation. Der sonstige Verkehr beschränkte sich nur auf ein Minimum. Die Tendenz war unverändert fest. Creditactien wurden per November zum Course von 462—462,50—462 Mk. gehandelt.

Per ultimo October (Course von 11 bis 1½ Uhr): Ungar. Goldrente

79,75—79,62 bez., Russ. 1880er Anleihe 80,62 bez., Russ. 1884er Anleihe 95,50—95,37—95,50 bez., Russ. Orient-Anleihe II 60,12 bez., Oesterr.

Credit-Actien 463—462 bez., Verein. Königs- u. Laurahütte 89,50—89,30

bez., Russ. Noten 200,75 bez., Türken 14,62 bez.

Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolff's Telegr. Bureau.)

Berlin, 27. Oct., 11 Uhr 50 Min. Credit-Actien 462, 50. Disconto-Commandit —, —. Ziemlich fest.

Berlin, 27. Oct., 12 Uhr 25 Min. Credit-Actien 463, —. Staats-

bahn 455, —. Lombarden 215, —. Laurahütte 89, 30. 1880er Russen

80, 70. Russ. Noten 200, 50. 4proc. Ungar. Goldrente 79, 60. 1884er

Russen 95, 20. Orient-Anleihe II. 60, 20. Mainzer 99, 90. Disconto-

Commandit 191, 90. Ziemlich fest.

Wien, 27. Octbr., 10 Uhr 10 Min. Credit-Actien 284, 10. Ungar.

Credit-Actien 286, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier

—, —. Oesterr. Papierrente 82, 25. Marknoten 61, 55. Oesterr. Goldrente

—, —. 4% ungar. Goldrente 98, 60. Ungar. Papierrente —, —.

Elbthalbahn 147, 25. Reservirt.

Frankfurt a. M., 27. October. Mittags. Credit-Actien 229, 75.

Staatsbahn 227, —. Galizier 184, 37. Fest.

Paris, 27. October. 3% Rente 80, 30. Neueste Anleihe 1872

109, 50. Italiener 95, 90. Staatsbahn 568, 75. Lombarden —, —.

Träger.

London, 27. October. Consols 100%, 1873er Russen 95%,

Wetter: Veränderlich.

Wien, 27. October. [Schluss-Course] Reservirt.

Cours vom 27. 26. Cours vom 27. 26.

1860er Loose... — — — — — —

Ungar. Goldrente... — — — — — —

4% Ungar. Goldrente 98, 47 98, 50

Credit-Actien... 283, 80 285, 90

Papierrente... 82, 35 82, 27

Ungar. do... — — — — — —

Silberrente... 82, 65 82, 60

Anglo... — — — — — —

London... 125 — 125, 10

St. Eis.-A.-Cert. 280 — 278, 50

Oesterr. Goldrente... 108, 90 108, 90

Lomb. Eisenb. 131, 25 131, 13

Ungar. Papierrente... 90, 70 90, 85

Galizier... 226, 75 229 —

Elbthalbahn... 146, 25 146 —

Napoleone... 9, 95 9, 95 1/2

Wiener Unionbank... — — — —

Marknoten... 61, 50 61, 55

Wiener Bankverein... — — — —

rechtspflege zu besprechen. Der Vorwurf gegen die Männer, die in dem ihnen zugewiesenen Wirkungskreise nur ihre Pflicht erfüllen, daß dieselben damit umgingen, die staatliche Autorität zu untergraben, sei ein durchaus unberechtigt, und dürfe der Presse das verfassungsmäßig gemährte Recht der Kritik niemals beschränkt werden. Die incriminierten Artikel beschäftigen sich nicht mit den Staatsanwälten als Personen, sondern mit dem System der Staatsanwaltschaft, mit dem Anlagenmonopol derselben. Nur dieses ist angegriffen worden. Sollte aber auch angenommen werden, daß den Mitgliedern der Staatsanwaltschaft der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht sei, so könnte derselbe nicht als beleidigend aufgefaßt werden; denn im Gegensatz zu den Richtern sind die Staatsanwälte an die Anweisungen ihrer vorgesetzten Behörde gebunden und dürfen ihre eigene Überzeugung gar nicht zum Ausdruck bringen. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 400 M. oder 40 Tagen Gefängnis und sprach der beleidigten Behörde die Publicationsbefreiung in der „Fr. Bzg.“ zu. In der Begründung hieß es, daß es der Presse nicht verübt werden könne, an den öffentlichen Einrichtungen Kritik zu üben. Dies müßte aber in objectiver Weise geschehen, während vorliegend der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I der Vorwurf gemacht sei, daß sie die conservativen Blätter anders behandle, als die liberalen. Dieser Vorwurf der Parteilichkeit enthalte unter allen Umständen eine Beleidigung.

\* Berlin, 26. October. [Berliner Neuigkeiten.] Eine höchst bedauerliche Nachricht geht der „B. Z.“ aus Wiesbaden zu: Geheimrat von Langenbeck ist an den Augen erkrankt und zwar in so bedenklicher Weise, daß in den nächsten Tagen zur Vornahme einer ernsten Operation geschritten werden muß. — Für die hinterbliebenen der mit Sr. Majestät Corvette „Augusta“ verunglückten Besatzung sind dem Auschus bis 48 800,45 Mark zugegangen, von denen die Kaiserin 1000 M. gespendet hat.

Hôtel de Rome, Horch, Landw., Halberstadt. Renner, Kfm., Strelen.  
Utrecht, 17. Franke, Kfm., n. Dr. Neiden- Schierle, Kfm., Oppeln.  
Drau Oberamt. Sonnen- feld n. T., Dubin. Lovers, Kfm., Prag. Hohinger, Kfm., Magdeburg.  
E. Saarau. Bökel, Kfm., dgl. von Wygannovsk, Rent.  
Waiba, Kreisvcar, Loslau. Brann, Kfm., Reichenbach. n. Dr. Warthau.  
Rau, Kfm., Leipzig.

† Wechselregulierung. Der bereits vor längerer Zeit gemeldete Zusammentritt einer aus österreichischen und preußischen Staatsbeamten gebildeten Commission zur Beratung über Regulierung der Wechsel an der preußisch-österreichischen Landesgrenze hat seither wegen äußerlicher Hindernisse nicht erfolgen können. Die Commission wird aber nunmehr am 30. d. Mts. auf der dem Wechselflus nahegelegenen Station Dzieditz der Kaiser Ferdinand-Nordbahn Vormittags 9 Uhr sich versammeln, und österreichischerseits aus dem Regierungsrath Ritter von Führer und dem Baurath Soboda (für Österreichisch-Schlesien), den Bauräthen Ritter von Moraczewski und Matula (für Galizien), sowie dem Ministerialrath Beyer vom f. r. Ministerium des Innern in Wien, preußischerseits aus dem Ober-Regierungsrath Hüpeden, Regierungs- und Baurath Bralle, dem Regierungs-Assessor Rauch und Grimm und dem bei den Nothstands-Meliorationen Oberschlesiens beschäftigten Regierungs-Baumeister Dankwerts, sämtlich von der königlichen Regierung zu Oppeln, bestehen.

y. Breslauer Dichterschule. Das Octoberheft der Monatsblätter enthält Beiträge von Fritz Hampel, Carl Biberfeld, Karl Maria Heidt, F. G. Ad. Weiß, Paul Barisch, Hubert Müller (Berlin), Julius Freund (Wien) und Adolf Freyhan. Für die Prospekte haben Beiträge geliefert: Paul Barisch, die Redaktion selbst weist unter der Rubrik „Literatur“ auf den neuen Jahrgang von Max Heinzel's „Gemütl. Schlafliere“ hin, welche unter dem Titel „Deutschvergnügt“, von dem Mitglied Hermann Bauch herausgegeben, Ende dieses Monats im Verlag von Josef Mar. u. Co. (Max Liezen) erscheint. Aus der Thätigkeit des Vereins im vergangenen Monat, worüber die Protokollauszüge des Heftes speziellere Mittheilungen machen, haben wir nur eine Discussion über die Berechtigung des schlesischen Dialekts bei Productionen ernstes Inhalts hervor.

— d. Der Gebirgsverein der Grafschaft Glatz, Section Breslau, feierte am 24. October in dem mit den deutschen und glazischen Farben geschmückten Saal des Hotels „König von Ungarn“ in höchst sollem Weise sein erstes Stiftungsfest. Zahlreiche Vereinsmitglieder mit ihren Damen und Gäste beteiligten sich an dieser Feierlichkeit, welche mit dem Vortrage der Jubel-Ouverture von C. Maria von Weber eingeleitet wurde. Ein vom Eisenbahn-Sekretär G. Rentwig gedichtetes süßes Märchen: „Die Fee Glacia“ fand in Frau Kaufmann Köhl eine würdige Darstellerin und Interpretin. Bei der folgenden Festtafel begrüßte zunächst der Vorsitzende des Vereins, Kaufmann Köhl, die Festgenossen zum ersten Geburtstagsfeste des Vereins, welcher schon 200 Mitglieder zähle. Der Tendenz des Vereins verdanke die Section Breslau ihr Wachsthum. Seit Gründung des Vereins sei in der Grafschaft schon vieles besser geworden, vieles aber fehle noch. Und gerade die Hauptstadt von Schlesien, Breslau, sollte vor Allem mitheraufen sein, helfend und fördernd einzutreten, damit sich der Touristenstrom immer mehr der Grafschaft zuwende, welche im vollen Maße des Besuches würdig sei. Redner erinnert an den Wölfelfall mit seinem ewig sprudelnden Wasser, an die unvergleichliche Heucheler, an die unzähligen Bergküppen, welche eine Aussicht gewähren, wie sie das Riesengebirge nicht besser bieten könne. Und dabei seien die Berge der Grafschaft nicht so schwer zu ersteigen. Redner erinnert ferner an das Dichterwort: „Wer hat dich, du schöner Wald zw.“, welches auf die malibigen Höhen der Grafschaft mehr zutreffe, als auf irgend ein anderes Flecken Erde, und bringt schließlich ein Hoch auf das Wachsthum und Gedanken der Section Breslau. Erzpriester Schmidt taucht mit vielen Wit auf die Gäste, Herr Rentwig auf die Damen, während Amtsräther Grünzner im Namen der Gäste für den genügsamen Abend dankt und allen denen ein Hoch ausbringt, welche das Fest so schön gestaltet. Geistlicher Rath Bode gedachte in seinem Trinkspruch des Präsidiums des Vereins. Mit den Toasten wechselte der gemeinschaftliche Gelang mehrerer Feuerschläger und eine Reihe von Soloträgen, welche von Dilettanten in ansprechender Weise zu Gehör gebracht wurden. Mit einem Balle schloß das schöne Fest, welches einen allgemein befriedigenden Eindruck zurückließ.

\* Personal-Nachrichten. Der zeithohe Divisionspfarrer, Erzpriester Sukaš in Golberg ist zu der erlebten katholischen Pfarrer in Proskau, Kreis Opeln, und der zeithohe Capelan Hauptstock in Friedersdorf zu der erledigten katholischen Pfarrer in Rokitn, Kreis Gose, präsentiert worden. — Ernannt: der Forststaatslehrer Kap. zum Flößmeister zu

## Provinzial-Zeitung.

Breslau, 27. October.

### Angelomme Freude:

Heinemann's Hotel „zur goldenen Gans“.	Hôtel z. weissen Adler,	Blumenthal, Kfm., Berlin.
Graf Gzaneck, Rbg., n.	Öhlauerstraße 10/11.	Militisch, Pilgramsorf.
Utrich, Major, Grottkau.	Hauptmann, Pilgram, Poln.-Lissa.	Gen. v. Löper, Georgendorf.
Graf Buddenbrock, Landrat u.	n. Gem., Waldeburg.	Dr. Michaelis, Sanitätsr.
Rbg., Bischof.	Strauß, Kfm., Mainz.	Immermann, Kfm., Beuthen.
Kozorowsky, Rittergutsb.	Thiemes, Kfm., Leipzig.	Vorster, Kfm., Barmen.
Graf Gzaneck, Rittergut.	Kotsch, Kfm., Ratibor.	Kopauers, Kfm., Habbelswert.
Kotsch, Kfm., Ratibor.	Geissler, Kfm., Kirchberg.	Fischer, Kfm., Tilsit.
Kotsch, Kfm., Ratibor.	Gungw., Kfm., Königsberg.	Zungw., Kfm., Crefeld.
Dr. Commerzient, Dierig n.	berg i. Pr.	Hôtel du Nord,
E. Ob.-Langenbielau.	Everhardt, Kfm., Augsburg.	vis-a-vis d. Centralbahnhof.
Geissler, Kfm., Ratibor.	Hôtel Galisch,	Dr. Nolowsky, Ober-Stabs-
Geissler, Kfm., Ratibor.	Taurientpl.	arzt a. D., Beuthen O.S.
Baron von Vorfel, Rtgbs.	Baron von Vorfel, Rtgbs.	Döring, Optm., Westpreußen.</td

Kontschüß in der Flößerverwaltung Stoberau. — Ertheilt: dem Apotheker Zimmermann die Genehmigung zur Übernahme der von ihm häufig erworbenen privilegierten Apotheke zu Nicolai. — Bestätigt: die Wahl des bisherigen Stadtverordneten, Kaufmann Korn in Kreuzburg. DS. zum Beigeordneten, und die Vocationen der katholischen Lehrer Rothegel zu Bischofswalde, Kreis Neisse, Drott zu Göstig, gleichen Kreises, Paul zu Wartoglowitz, Kreis Pleß, Lernz zu Nieder-Schwierkau, Kreis Rybnik, Dubowitz zu Haatich und Uheret zu Groß-Darklowitz, Kreis Ratibor. — Definitiv angestellt: die Lehrer Jeremias, Krämer und Venne an den katholischen Schulen zu Prostau, Kreis Oppeln, ebenso zu Niewobitz und Bieltz, Kreis Falkenberg, sowie der Lehrer Stellmack an der Simultanschule zu Katowitz.

\* Neustadt, 25. October. [Vorschuß-Verein.] — Begräbnissplatzverweiterung. In der gestern abgehaltenen General-Versammlung wurde der Geschäftsbereit für die ersten drei Quartale 1885 zur Kenntnis gebracht. Die Activa balancieren mit den Passiva in Höhe von 268002,70 Mark. Vorschüsse auf Wechsel gewährte der Verein 228634 Mark. Der Reservefond beziffert sich auf 8779,34 M., das Mitglieder-Guthaben auf 65007,31 M., der Brutto-Zinsgewinn auf 11007,59 M. und die Spar-einlagen betragen 177338,46 M. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit Ende des vorigen Jahres um 8 vermehrt und beträgt gegenwärtig 420. Die Wahl eines Ausschuß-Mitgliedes fiel auf Herrn Kaufmann Furch. — Um von der durch Ministerial-Befügung angeordneten und am 1. April f. J. in Kraft tretenden Besteuerung der Genossenschaften möglichst wenig getroffen zu werden, wurde beschlossen, das Guthaben der Mitglieder von nun an mit 4% zu verzinsen und den Überschuss als Dividende zu vertheilen. — Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich vorigen Freitag mit der Frage der Erweiterung unseres Begräbnissplatzes. Nach dem Antrage des Magistrats entschied sich die Versammlung dahin, erst den noch disponiblen Raum zu verwerthen und dann, etwa 1887, die Umgrubung der ältesten Begräbnissplätze vorzunehmen. Der gegenwärtige Friedhof wurde im Jahre 1851 in Benutzung genommen und dürfte bei der jetzigen Anzahl von Beerdigungen voraussichtlich bis zum Jahre 1896 ausreichen, in welchem Jahr man bei den 1866 geforberten angekommen sein wird. Um nun die 30jährige Verwendungperiode innerhalb zu halten, würde dann eine Vergrößerung des Begräbnissplatzes, am besten nach der Richtung des Schiebhauses, notwendig sein. Um für die dann entstehenden nicht unbedeutenden Kosten einen Fonds zu schaffen, wurde beschlossen, die Überschüsse des Begräbnissplatzes nicht mehr wie bisher der Kämmerei-Kasse zu überweisen, sondern diese zu einem besonderen Reservefond anzusammeln.

\* Ober-Glogau, 26. October. [Reichstags-Ersatzwahl.] Von 134 abgegebenen Stimmen zur heut stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Grafen Stolberg auf Brustava für den Neustädter Kreis erhielt Graf Strachwitz auf Bertolsdorf (ultramontan) in der Stadt 133 Stimmen, und in den umliegenden Ortschaften Schloss Ober-Glogau, Hinterdorf, Weingasse und Alt-Kuttendorf von 163 abgegebenen Stimmen 160 Stimmen. In der Stadt betheiligt sich nur 10 Prozent der wahlberechtigten Bewohner, und auf dem Lande 30 Prozent.

### Teleg ram m e.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

Berlin, 27. October. Durch den Ausfall der Kirchenwahlen ist die Majorität der Liberalen auf der Berliner Stadt-Synode beseitigt; es stehen 107 liberale 115 Orthodoxen gegenüber, etwa 10 Stimmen gehören der Mittelpartei an.

Aus Wolff's Telegraphischem Bureau.)

Berlin, 27. Octbr. Prinz Albrecht ist gestern Abend nach Camenz zurückgekehrt.

Petersburg, 27. Oct. Die erste Generalversammlung des Reichsraths tagt am 2. November n. St. — In der Criminalabteilung des Senats beginnt heute die Revision des Tangarog'schen Zoll-defraudationsprozesses (Walliane und Consorten). — Der Einzel-verkauf der „Nowost“-Nummern ist wieder gestattet.

Sofia, 27. Octbr. Fürst Alexander ist gestern Abend nach Philippopol gereist, um die Grenze bei Samakoff, Dubnitsa, Tustenji, Terane und Tzaribrod zu besichtigen. In den nächsten Tagen kehrt er wieder zurück.

Hamburg, 26. October. Der Postdampfer „Lessing“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von New York kommend, heute Nachmittag 3 Uhr auf der Elbe eingetroffen.

Hamburg, 26. October. Der Postdampfer „Rhaetia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von Hamburg kommend, gestern Nachmittag 5 Uhr in New York eingetroffen.

## Handels-Zeitung.

Breslau, 27. October.

\* Action-Gesellschaft für Schl. Leinen-Industrie (Kramsta). Aus Freiburg wird uns von heute telegraphiert: In der auf heute berufenen Sitzung des Aufsichtsraths der Action-Gesellschaft für Schlesische Leinen-Industrie (Kramsta) wurde von der Direction der Rechnungsabschluss pro 1884/85 vorgelegt und vom Aufsichtsrath festgestellt. Nach demselben beträgt der Brutto-Gewinn 1140016 Mark, wovon zu Abschreibungen 253537 Mark abgesetzt werden. Der Netto-Gewinn beträgt sonach 876479 M. und soll folgende Verwendung finden: die Actionnaire erhalten 8% Procent Dividende mit 780000 M., der Unterstützungs- und Pensionsfonds wird mit 10000 M. dotirt, der Aufsichtsrath erhält als Tantième 43800 M., Direction und Beamte 43000 M. Der Rest von 9679 M. wird auf neue Rechnung vorgetragen.

\* Deutsche Eisenbahnen. Die neueste Tabelle des „Reichs-Anz.“, welche eine Zusammenstellung der Einnahmen deutscher Eisenbahnen im September und bis Ende September enthält, gibt ein sehr ungünstiges Bild der Verkehrsverhältnisse. Von den Angaben über die preussischen Staatsbahnen sehen wir gegenüber der neuenlichen Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die provisorische Ermittlung der Einnahmen ab, weil dieselbe zu wenige sichere Anhaltspunkte für eine Beurtheilung bietet. Wir beschäftigen uns deshalb nur mit den Privatbahnen, den Bahnen unter Staatsverwaltung und der Berlin-Dresdener Bahn. Im September hat von den 11 Bahnen, deren Einnahmen die Basis unseres Referats bilden, gegenüber der definitiven Festsetzung des Vorjahres nur die Werrabahn ein kleines Plus ergeben. Gegenüber der provisorischen Ermittlung sind mit einem solchen die Dortmund-Gronauer und die Weimar-Geraer Bahn ausgestattet. Es wurden auf den 11 Eisenbahnen im September 704178 Tonnen Güter, um 99388 Tonnen oder 12,70 pCt. weniger als 1884 transportirt. Dass die Angaben über die Grösse des Transports auf volle Zuverlässigkeit keinen Anspruch haben, liegt nahe, weil den Verwaltungen eine zu kurze Zeit für die betreffende Mitteilung zu Gebote steht. Der Ausfall ist aber so gross, dass eine ungünstige Folgerung auf die Verkehrsverhältnisse gerechtfertigt erscheint. Die Ausfälle im Güterverkehr haben eine sehr verschiedenartige Grösse. Wir geben folgende Angaben, diejenigen über die Einnahme pro Tonne mit dem bekannten Vorbehalt, dass nur die Einnahme pro Tonnen-Kilometer ein definitives Urtheil gestattet. Der Rückgang der Tonnen-Einnahme kann ebenso aus Tarifabschätzungen oder aus dem Ausfall hoch tarifirter Güter, wie aus der kürzeren Transportstrecke hervorgegangen sein, welche die Güter gefahren worden sind. Es wurden im September im Güterverkehr transportirt und pro Tonne angenommen:

	Transport. Einnahme pr. Tonne 1885 gegen 1884	1885	1884
	Tonnen	Mark	Mark
Berlin-Dresden	40 292	— 11 943	4,490 4,484
Dortmund-Gronau	66 751	+ 8 414	1,060 1,224
Hessische Ludwigsbahn, nicht garant. Linie	305 044	— 31 605	2,274 2,378
Lübeck-Büchen	52 463	— 7 914	3,989 3,818
Marienburg-Mlawka	25 894	— 18 622	3,127 3,219
Mecklenburger	49 645	— 4 902	4,752 4,639
Nordhausen-Erfurt	36 350	— 2 838	2,983 2,273
Ostpreussische Südbahn	56 042	— 24 704	5,662 6,269
Saalbahn	15 387	— 7 176	2,354 2,077
Weimar-Geraer	16 184	— 180	2,517 2,439
Werrabahn	40 114	+ 2 080	3,643 3,762

	Magdeburg, 27. Octbr. Zuckerbörsé. 27. Octbr.	26. Octbr.
Kornzucker excl. von 96 pCt.	24,20—24,00	24,30—24,00
Rendement 88 pCt.	22,90—22,60	23,00—22,70
Nachprodukte excl. Rend. 75 pCt.	20,20—19,20	20,20—19,20
Brod-Raffinade	31,00—30,75	31,00—30,75
Gem. Melis I incl. Fass	27,75—27,50	27,75—27,50
Gem. Raffinade II incl. Fass	29,75—28,75	29,75—28,75
Tendenz am 27. Octbr.: Rohzucker gedrückt, Raffinade geschäftlos. (Tel. Dep. d. Bresl. Ztg.)		

	Wasserstand.	
Ratibor, 27. Octbr. 1,24 m.		
Glatz, 27. Octbr. 0,34 m.		

### Neigkeiten vom Büchertisch.

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

Strandgut. Vier Novellen von Bernhard Wagener. Verlag von Richard Wilhelm in Berlin.

### Courszettel der Breslauer Börse vom 27. October 1885.

Amtliche Course (Course von 11—12½ Uhr)			
Ausländische Fonds.			
Amsterd. 100 Fl. 3	kS. 168,85 B	heut. Cours.	voriger Cours.
do. do. 3	2 M. 167,90 G	89,00 B	89,00 B
London L. Strl. 2½	kS. 20,33 bzB	66,90 bz	66,90 B
do. do. 2½	3 M. 20,28 B	66,50 G	66,00 B
Paris 100 Frs. 3	kS. 80,73 bzB	do. do. 5	—
do. do. 3	2 M. —	do. Loose 1880/5	115,00 G
Petersburg ... 6	kS. —	Ung Gold-Rente 4	79,75 bz kl.80,
Warsch. 100 S.R. 6	kS. 200,25 G	do. Pap.-Rente 5	74,00 B
Wien 100 Fl. ... 4	4 kS. 162,50 G	Italiener ..... 5	95,00 B
do. do. 4	2 M. 161,50 G	Poln. Liq.-Pfd. 4	55,40 B
Inländische Fonds.			
Reichs-Anleihe 4	104,60 B	Russ. 1877 Anl. 5	98,75 B
Prss. cons. Anl. 4½	—	do. 1880 do. 4	81,10 B
do. cons. Anl. 4	103,70 B*)	do. 1883 do. 6	109,10 B
do. 1880 Skrip. 4	—	do. 1884 do. 5	95,60 B kl.96
St.-Schuldsch. 3½	99,50 G	Orient-Anl. E. I. 5	—
Prss. Präm.-Anl. 3½	—	do. do. II. 5	60,00 G
Bresl. Stdt.-Obl. 4	101,70 bzG	do. do. III. 5	60,00 G
Schl. Pfldr. altl. 3½	98,00 G	Rumän. Oblig. 6	103,50 B
do. Lit. A. ... 3½	97,15 bz	do. amort. Rente 5	92,60 B kl.2,70
do. Rusticalen 3½	97,00 G	Türk. 1865 Anl. 1	conv.14,60 G
do. altl. ... 4	100,80 G	do. 400 Fr.-Loose —	33,00 G
do. Lit. A. ... 4	100,65/70 bzB	Serb. Goldrente 5	33,50 B
do. do. ... 4½	100,95 bz	Serb. Hyp.-Obl. 5	80,25 etw. bz
Inländische Eisenbahn-Stamm-Actien und Stamm-Prioritäts-Actien.			
Br.-Wrsch. St.P. 5	21/4 68,00 B	Bresl. Strassenb. 4	61/2 140,50 G
Mainz-Ludwgsh. 4	4½ 100,00 B	do. 40% Obligat. 4	— 100,20 B
Dortm.-Gronau 4	21/8 59,00 B	V. K.- u. L.-Öbl. —	101,15 B
Lüb.-Büch.E.-A 4	7½ —	do. Act.-Brauer. 4	21/2 —
Inländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.			
Freiburger ... 4½	101,00 G	do. A.-G. Möb. 4	0
do. ... 4½	101,30 bz	do. do. St.-Pr. 4	0
do. do. 100 4	99,70 B	do. Baubank. 4	0
do. do. 100 4½	107,75 B	do. Börsen-Act. 4	6
do. do. 100 5	102,75 bzG	do. Wagenb.-G. 4	8½ 115,00 B
Pr. Cnt.-B.-Crd.	—	Donnersmckh. 4	1 32,75 B
do. rz. à 100 4	—	do. Part.-Oblig. 5	5 99,00 G
do. do. rz. à 100 4½	—	Erdmannsd. A.-G. 4	4 —
do. do. rz. à 100 5	—	50% Kr.Gw.Ob. 5	5 101,25 B
Goth Grd.-Crd.	—	do. O-S.Eisenb.-Bd. 4	1 34,60 B
do. rz. à 110 5	—	Oppeln. Cement 4 5½ 92,50 bz	35,00 B
do. do. Ser. IV. 4½	—	Grosch. Cement 4 14 129,00 B	129,00 B
do. do. Ser. V. 4	—	Schl. Feuvers. fr. 30 1340 B	1340 B
Russ. Bd.-Crd. 5	91,50 B	do. Immobilien 4 4½ 80,50 G	80,50 G
Hencikel'sche	—	do. Leinenind. 4 8 129,25 G	129,00 BZG
Part.-Obligat. ... 4½			